



BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Mitglied im Bundesvorstand
Frauenpolitische Sprecherin
Mitglied und Vizepräsidentin des Thüringer Landtags
Parlamentarische Geschäftsführerin
Bildungs- und Migrationspolitische Sprecherin

Erfurt, den 26.03.2012

Liebe Freundinnen und Freunde,

auf diesem Weg möchte ich Euch über Neues aus meiner politischen Arbeit in Bund und Land informieren. Sicher habt auch Ihr gestern mit dem Saarland mitgefiebert. Dank 128 Stimmen sind wir dort weiter im Landtag vertreten. Das zeigt einmal mehr, wie wichtig jede einzelne Stimme ist. Wir alle wissen, dass wir es im Saarland keineswegs leicht haben und hatten und es nach dem chaotischen Bruch der durchaus umstrittenen und bei unseren WählerInnen mitnichten beliebten Regierung schwer war, überhaupt vorzukommen, da sich die Wahlauseinandersetzung fast ausschließlich um das Duell mit Blick auf die MinisterpräsidentInnenschaft reduzierte. Nun jedoch gilt es, authentisch und mit ökologisch und sozial geschärftem Profil in Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen für starke Grüne zu streiten.

THEMEN:

- 1) Die Hälfte der Macht den Frauen**
- 2) Frauenbrunch in Gera**
- 3) Delegationsreise in das Kosovo**
- 4) Frauen weiterhin schlechter bezahlt und selten befördert**
- 5) Uneinigkeit in der Koalition stabilisiert das hinderliche Kooperationsverbot – Grün streitet für eine vertrauensvolle und kooperative Zusammenarbeit in der Bildung**
- 6) BürgerInnensprechstunde**
- 7) Sonstiges und Terminhinweise**

1) Die Hälfte der Macht den Frauen

Wie keine andere Partei machen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Politik für Frauen und mit Frauen. Das zeigt nicht nur unser jahrzehntelanger Kampf für echte Gleichstellung in Gesellschaft, Wirtschaft und Politik, sondern auch unsere eigene "Verfassung": Mit der Frauenquote und dem Frauenstatut haben wir Regeln geschaffen, die grünen Frauen eine konsequent gleichberechtigte und aktive Arbeit in unserer Partei ermöglichen. Mit unserer Frauenquote sind wir so erfolgreich, dass sich inzwischen auch andere Organisationen - Unternehmen, Verbände, Verwaltung, Parteien - dieser nicht mehr völlig verweigern können. Aus all diesen Gründen sind wir heute die "Frauenpartei", genießen hohe Kompetenz und großes Vertrauen in Frauenfragen und werden nicht zuletzt überdurchschnittlich oft von Frauen gewählt.

Dennoch haben wir das Ziel "Die Hälfte der Macht den Frauen" auch bei uns selbst noch nicht erreicht: Erst 37 Prozent unserer Mitglieder sind Frauen - damit fehlen uns mindestens 13 Prozent an Legitimation, Erfahrung, Wissen und Vielfalt. Für das, was wir vorhaben, sind wir noch viel zu wenige, und vor allem zu wenige Frauen. Deshalb haben wir zum Frauentag am 8. März 2012 eine Kampagne gestartet, die gerade Frauen den Mut macht, sich bei uns zu engagieren und mit uns zu streiten.

Das Begleitheft und den Flyer zur Kampagne „PROJEKT fifty fifty“ findet Ihr auf meiner Homepage unter <http://www.rothe-beinlich.de/aktuell/frauen/4905856.html>

Unsere neuen tollen Postkarten zur Frauen-Mitgliederwerbekampagne könnt Ihr im Grünen e-shop bestellen <https://www.eshop.gruene.de/bv/>

Hier schon mal ein Vorgeschmack auf die Postkarten:



2) Frauenbrunch in Gera

Ich lade alle Frauen ganz herzlich dazu ein, am Donnerstag, den 29.03.2012, am Frauenbrunch in Gera teilzunehmen. Dort will ich mit interessierten Frauen sowohl über die Willkommenskultur der Stadt Gera als auch über die Zukunftschancen für Geraer Frauen diskutieren. Außerdem werde ich von meinem Besuch im Kosovo berichten und einen Einblick darüber geben, wie es den Frauen, insbesondere der Roma, Sinti und Ashkali, dort ergeht. Ich hoffe, wir sehen uns in Gera.

- ➔ Donnerstag, 29. März 2012, 11.00 - 13.00 Uhr / Frauenbrunch mit Astrid Rothe-Beinlich (MdL und Frauenpolitische Sprecherin von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) / Markt1 - Das Spezialitätenrestaurant in Gera, Markt 1, 07545 Gera / "Gera - eine Stadt mit Willkommenskultur und Chancen für Frauen?"

3) Delegationsreise in das Kosovo

Vom 5. bis 9. März 2012 reisten neun Abgeordnete des Thüringer Landtags und zeitweise auch der Innenminister des Freistaats Thüringen in die Republik Kosovo, um sich vor Ort einen Überblick über die Situation von Roma, Ashkali und Ägyptern zu verschaffen und zu eruieren, ob es vertretbar ist, Menschen in das Kosovo abzuschicken. Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nahm ich an der von den Koalitionsfraktionen vorgeschlagenen Reise teil.

Die Reise ins Kosovo hat deutlich gezeigt, dass ein genereller Abschiebestopp von Roma, Ashkali und ÄgypterInnen ins Kosovo notwendig ist. Die Verhältnisse im Kosovo sind gerade für lange Jahre in Deutschland lebende und dann abgeschobene Minderheitenangehörige extrem schwierig und führen zu erbärmlichen Lebensumständen. So beträgt die Arbeitslosigkeit unter den Roma im Kosovo nahezu 100 Prozent, eine ausreichende Gesundheitsversorgung ist für viele unerschwinglich und Zugang zu einer geringen Sozialhilfe von maximal 75 Euro im Monat erhalten nur Familien mit Kindern unter fünf Jahren – nach ausführlicher Prüfung. Die Schule besucht nur eines von vier Roma-Kindern.

Wie die Berichte von OSZE, UNICEF und vielen anderen NGOs seit einigen Jahren bereits zeigen, ist die Situation für abgeschobene Roma, Ashkali und ÄgypterInnen im Kosovo noch schlimmer, als die für die übrige Bevölkerung dort, die unter der allgegenwärtigen Armut und den sozialen Missständen leidet. So fehlen den abgeschobenen Minderheitenangehörigen nicht nur oftmals die nötigen Ausweisdokumente und die entsprechenden Kontakte, die für die Jobsuche im Kosovo unerlässlich sind. Sie verfügen auch nicht über die notwendigen Sprachkenntnisse der Amtssprachen und haben vielfach nicht einmal ein Dach über dem Kopf – wie das Beispiel der zwei aus Essen nach 20 Jahren abgeschobenen Brüder Prizreni zeigt. Zwar findet auf Grundlage der Verfassung und der gesetzlichen Regelungen und Richtlinien keine offizielle Diskriminierung statt, doch die Lebensrealität spricht eine klare andere Sprache. So befinden sich beispielsweise unter den 8084 Angestellten des kosovarischen Energiekonzerns nur drei Roma, bei der kosovarischen Bahn mit 348 Beschäftigten und beim Flughafen mit 644 Beschäftigten ist kein einziger Roma tätig.

Wir meinen, der Freistaat Thüringen muss sich endlich eine humanitäre Flüchtlingspolitik leisten können und die Abschiebungen in das Kosovo generell aussetzen, zumal die Zahl der in Thüringen lebenden und vollziehbar ausreisepflichtigen Roma, Ashkali und ÄgypterInnen überschaubar ist. Wir hoffen, dass die anderen Fraktionen die vielen Erkenntnisse der Reise zum Anlass nehmen, um hier zu einer menschenwürdigen Lösung für alle in den Kosovo ausreisepflichtigen Menschen zu kommen. Wir meinen, diese kann nur darin bestehen, den betroffenen Menschen ein dauerhaftes Bleiberecht zu gewähren.

Meinen ausführlichen Reisebericht, eine kurze Zusammenfassung mit Bildern, sowie den Antrag der Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gibt es zum Download auf meiner Homepage unter <http://www.rothe-beinlich.de/admin/artikel/edit/4943703.html>

Außerdem habe ich bei Radio F.R.E.I. ein Interview gegeben http://www.radio-frei.de/index.php4?id=7&ksubmit_show=Artikel&kartikel_id=3697

Den Videobeitrag zur Delegationsreise findet Ihr hier <http://www.youtube.com/watch?v=t4RMxvHNLHA&feature=youtu.be>

Gerne komme ich auch zu Euch in den Kreisverband und berichte Euch von den spannenden Eindrücken, die ich im Kosovo gewonnen habe. Die Kontaktdaten findet Ihr am Ende des Newsletters.

4) Frauen weiterhin schlechter bezahlt und selten befördert

Auch in diesem Jahr wurde am sogenannten Equal Pay Day (23.03.2012) exemplarisch deutlich: Frauen werden weiterhin schlechter bezahlt und seltener befördert. Und: Bundesministerin Schröder ist und bleibt eine Fehlbesetzung. Sie verhindert wichtige Reformen zur Frauenförderung und unternimmt nichts, um die Situation der Frauen in Bezug auf die Lohnungleichheit zu verbessern. Von Gleichstellung kann also auch im 21. Jahrhundert noch keine Rede sein. Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN heißt Gleichstellung auch: Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit. Doch Dank der Untätigkeit der Ministerin bleibt im Bereich der Lohnungleichheit jedoch alles beim alten. Männer verdienen nicht nur weiterhin rund 23 Prozent mehr als Frauen, sie erhalten auch häufiger Sonderzahlungen wie Urlaubs- und Weihnachtsgeld oder partizipieren an Gewinnbeteiligungen. Viele Frauen hingegen arbeiten in prekären und schlecht bezahlten Arbeitsverhältnissen und sehr häufig auch in Teilzeit. Doch sie tun das in der Regel nicht freiwillig.

Hintergrund ist vielmehr die Steuer- und Sozialgesetzgebung, welche sich nach wie vor am tradierten Alleinernährermodell orientiert. Somit werden politisch, von CDU und FDP so gewollt, die falschen Anreize gesetzt. Als problematisch für Frauen mit Kindern sehe ich zudem fehlende Kinderbetreuungs- und Infrastrukturangebote. Doch auch wenn man diese Faktoren berücksichtigt, bleibt festzuhalten: Frauen werden vielerorts noch immer nur deshalb schlechter bezahlt, weil sie Frauen sind. Und das ist eine himmelschreiende Ungerechtigkeit. Längst ist statistisch erwiesen, dass sich ein Teil der Lohnlücke weder durch familienbedingte Unterbrechungen noch durch die Berufswahl erklären lässt, sondern ausschließlich mit Diskriminierung.

Wir fordern auch unsere Landesregierung auf, endlich gegen diese Ungerechtigkeit aktiv zu werden. Freiwillige Verpflichtungen zeigen seit Jahren keine Wirkung. Deshalb streiten wir zudem auf Bundesebene für ein Gesetz zur Lohngleichheit, das Unternehmen einerseits verpflichtet, Diskriminierungen in ihren Strukturen zu analysieren und abzuschaffen und gleichzeitig mit wirkungsvollen Sanktionsmöglichkeiten ausgestattet ist. Gewerkschaften und Unternehmen sind gefordert ihre Tarifverträge so auszugestalten, dass Benachteiligungen ausgeschlossen werden. Außerdem brauchen wir ein Verbandsklagerecht für Antidiskriminierungsverbände, Gewerkschaften, Betriebs- sowie Personalräte und Mitarbeitervertretungen und einen gesetzlichen Mindestlohn. Das Prinzip „Gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit“ braucht Taten, keine wirkungslosen Ankündigungen.



Bilder von der Standkundgebung vor dem Thüringer Landtag am Equal Pay Day (23.03.2012)

5) Uneinigkeit in der Koalition stabilisiert das hinderliche Kooperationsverbot - Grün streitet für eine vertrauensvolle und kooperative Zusammenarbeit in der Bildung

Unser grüner Antrag für einen kooperativen, leistungsstarken und vertrauensvollen Bildungsföderalismus fiel in der Plenarsitzung am 23.03.2012 dem bildungspolitischen Scharmützel innerhalb der Koalition zum Opfer.

Es ist schon mehr als peinlich, dass der Koalitionsstreit in zentralen Fragen die Handlungsunfähigkeit der Landesregierung zur Folge hat. Auf die konkrete Frage, wie sich die Landesregierung im Bundesrat zu den Anträgen aus Schleswig-Holstein und Hamburg, das Kooperationsverbot zu kippen, verhält, gab es nur ausweichende Antworten. Allerdings besteht bei CDU und SPD offenkundig auch null Interesse an einer Positionsfindung. Nur so lässt sich jedenfalls die konsequente Verweigerungshaltung erklären, über den Antrag im Ausschuss zu beraten. Mit der schwarz-roten Mehrheit wurde nicht nur die Ausschussüberweisung sondern auch der Antrag selbst abgelehnt. Eigene Vorschläge jedoch gab es auch nicht.

Bereits 2009 hatten wir einen Antrag zur Abschaffung des Kooperationsverbotes in den Landtag eingebracht. Nach monatelangem Hickhack wurde dann mit Mehrheit beschlossen, dass die Landesregierung prüfen möge, auf welchen Feldern der Bildungs- und Wissenschaftspolitik die Zusammenarbeit mit dem Bund intensiviert werden kann. Passiert ist seitdem gar nichts. Es gibt weder eine eigene Position noch eine Meinung zu den vorliegenden Initiativen anderer Länder. Unsere Vorschläge werden nun nicht einmal diskutiert. Wie Thüringen so Bildungsland Nummer 1 werden will, erschließt sich nicht.

Bundesweit dürfte mittlerweile unstrittig sein, dass das sogenannte Kooperationsverbot ein Fehler ist, da es die gemeinsame Verantwortungsübernahme von Bund und Ländern verhindert. Dagegen nicht aktiv zu werden, verhindert dringende notwendige Reformen – von der frühkindlichen Bildung über den Ganztagschulausbau, die überfällige Inklusion bis hin zum Hochschulbau. Mit der Schaffung eines neuen Artikel 104c wollen wir zudem dafür sorgen, dass Finanzhilfen ermöglicht werden, die über reine Investitionen hinausgehen. Außerdem geht es uns darum, der Befürchtung entgegen zu treten, der Bund könne bei einer Abschaffung des Kooperationsverbotes in die Bildungshoheit der Länder eingreifen. Leider scheinen CDU und SPD jedoch jede Debatte derart zu scheuen, dass sie auch vor verbalen Ausfällen nicht zurückschrecken, um über ihre Konzeptlosigkeit hinwegzutäuschen. Armes Thüringen.

6) BürgerInnensprechstunde

Meine nächste BürgerInnensprechstunde findet am Mittwoch, den 9. Mai 2012, von 15.00 – 17.00 Uhr im Erfurter Wahlkreisbüro statt.

7) Sonstiges und Terminhinweise:

Am morgigen Dienstag, den 27. März, unterstütze ich Christian Darr und John Dauert im Oberbürgermeister- und Landratswahlkampf in **Nordhausen**. Dort nehmen wir folgende Termine wahr: 10.00 - 11.30h: Gespräch mit der Direktorin der Berufsschule SBBS, Schulteil Morgenröte; 13.00 – 14.30h: Gespräch mit dem Präsidenten der FH Nordhausen, Prof. Jörg Wagner; 15.00 – 16.30h: Gespräch mit dem Geschäftsführer und Intendanten des Theater Nordhausen, Herr Tietje, anschließend Wahlkampfstand in der Nordhäuser Bahnstraße.

Am Mittwoch, den 28. März 18.30 – 20.00 Uhr im Kommunikationszentrum der Sparkasse **Gera-Greiz**, Schloßstr. 24, Gera: Podiumsdiskussion zur Lehrersituation in Thüringen „Lehrerkollaps in

Thüringen“ auf Einladung des Thüringer Lehrerverbandes. Auch da freue ich mich auf viele Interessierte.

Am 2. April unterstütze ich Carsten Meyer im Straßenwahlkampf um das Amt des **Weimarer** Oberbürgermeisters und am Dienstag, den 3. April, bin ich im Wahlkampf für unsere Landratskandidatin Madeleine Henfling im **Ilmkreis** unterwegs. Ab 18.00 Uhr laden wir in **Ilmenau** im Hotel Tanne zudem zu unserer nächsten Diskussionsveranstaltung zur „*Inklusion – Wege zu Einer Schule für alle*“ ein. Mit diskutieren werden dort u.a. Prof. Armin Sohns, VertreterInnen der Stützerbachschule und Eltern sowie ich selbst. Moderiert wird die Veranstaltung von Madeleine Henfling. Auch dazu sind alle herzlich eingeladen.

Weiterhin beschäftigt uns derzeit unsere Normenkontrolle zum Gesetz für Schulen in freier Trägerschaft. Über den Fortgang halte ich Euch auf dem Laufenden. Die Landesregierung hatte für ihre Stellungnahme eine Fristverlängerung beantragt und scheint weiter auf Zeit zu spielen.

Wenn Ihr Vorschläge, Wünsche, Anregungen und/oder Kritik habt, lasst es mich wissen. Ich komme gern zu Euch und auch Ihr seid mir – nicht nur in meinen Wahlkreisbüros in Gera und Erfurt sondern auch sonst - stets willkommen.

Herzlichst Eure
Astrid Rothe-Beinlich



KONTAKT:

Wahlkreisbüro Astrid Rothe-Beinlich in Erfurt

Lutherstr. 5
99084 Erfurt

Büroleiterinnen

Stefanie Dolling und **Jana Schmidt**

T: +49(0)361/ 57 650 54

F: +49(0)361/ 57 650 35

erfurt@rothe-beinlich.de

Wahlkreisbüro Astrid Rothe-Beinlich in Gera

Heinrichstraße 50
07545 Gera

Büroleiterinnen

Stefanie Dolling und **Jana Schmidt**

T: +49(0)365/ 55 146 65

gera@rothe-beinlich.de